Zeitschrift: Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES

Herausgeber: Schweizerische Energie-Stiftung

Band: - (2009)

Heft: 4: Die SES auf dem Energie-Prüfstand

Rubrik: News ; Aktuelles ; Kurzschlüsse

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Siehe Rechtliche Hinweise.

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. Voir Informations légales.

Terms of use

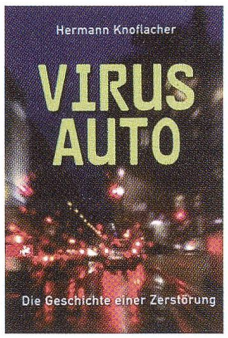
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. See Legal notice.

Download PDF: 05.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

News Aktuelles Kurzschlüsse

«Virus Auto. Die Geschichte einer Zerstörung»



Das neue Buch des Verkehrsexperten Hermann Knoflacher über die verschiedenen Facetten unserer autovernarrten Gesellschaft: Der Autor schaut weit in die Geschichte zurück, bis zu den ersten Feuerstellen und den antiken Mythen. Denn die eindringlichen Bilder von Prometheus und von der Büchse der Pandora spiegeln sich im Wunderding Auto, das unbegrenzte Mobilität schenken sollte und nun unsere Lebenswelt mit Abgasen, Lärm, Staus, Autobahnlandschaften und kreisenden Parkplatzsuchern beglückt. Auch wenn exakte Zahlen wohl schwer berechnet werden können, gelangt Knoflacher anhand von diversen Studien zur Schlussfolgerung, dass weltweit jährlich rund drei Millionen Menschen vorzeitig durch den Autoverkehr sterben (Unfälle, Abgase, Lärmwirkungen), während 50 Millionen Menschen langfristige Schäden verschiedenster Art davontragen. Ein spannendes und lesenswertes Buch.

Umweltrating.ch

umweltrating.ch
Deutsch Français

Welche NationalrätInnen und StänderätInnen haben in der laufenden Legislatur umweltpolitische Anliegen unterstützt?

Die Halbzeitbilanz des umweltrating.ch liefert die Antwort. Die Homepage umweltrating.ch basiert auf den umweltrelevanten Abstimmungen der ersten Halbzeit der 48. Legislaturperiode bis und mit Herbstsession 2009. Das Rating ist an den folgenden vier Kernthemen der Umweltorganisationen ausgerichtet: Klima, Naturräume, Risikotechnologien (Atom/Gentechnologie) sowie Verkehr.

Finanzierungsprobleme: RWE steigt aus bulgarischem Atom-Projekt aus

Am 28. Oktober hat sich der deutsche Energieriese RWE aus dem Vorhaben zum Neubau des bulgarischen Atomkraftwerks Belene zurückgezogen. Der Grund: Finanzierungsprobleme. Die RWE sollte an dem Kraftwerk 49 Prozent halten, der bulgarische Staat 51 Prozent. Die seit Ende Juli amtierende neue bulgarische Regierung prüft das Vorhaben in Belene. Sie geht davon aus, dass der Neubau deutlich mehr kosten wird als bislang veranschlagt. Statt vier Milliarden Euro könnte das Projekt demnach bis zu zehn Milliarden Euro kosten.

Kantone fördern den CO_2-Ausstoss

Wenn Doris Elmer ihren Arbeitsweg von Lachen nach Trin nicht mit öffentlichem Verkehr, sondern mit dem Auto zurücklegt, «spart» sie im Kanton Schwyz rund 1000.– Franken Steuern jährlich, weil sie bis zu 10'000.– Motorfahrzeugkosten abziehen kann (65 Rappen pro Kilometer Arbeitsweg). Der Kanton fördert also einerseits den CO_2-Ausstoss, indem er Umweltbewusste bestraft und UmweltsünderInnen belohnt und verzichtet andererseits auf Steuereinnahmen. Wenn jemand nur die finanzielle Seite anschaut, ist die Schlussfolgerung verheerend: Schnellstens ein Auto kaufen und ja nicht den öffentlichen Verkehr benutzen.

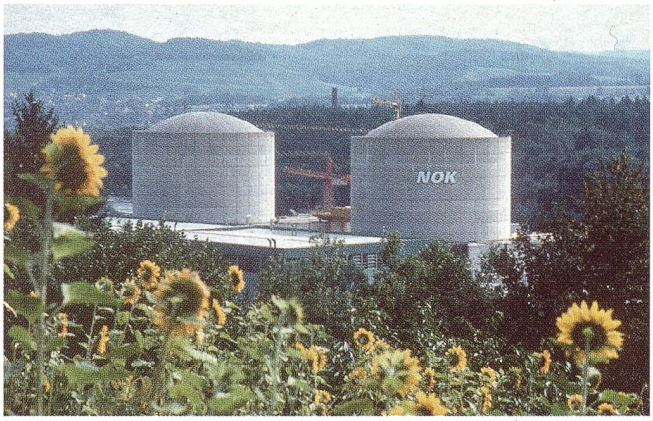
Atomkraftwerke sterben aus

Immer wieder ist von der «Renaissance der Kernenergie» die Rede. Unlängst belegte eine Prognos-Studie, dass dies nicht stimmt. Die Zahl der Reaktoren, die installierte Leistung und die Stromerzeugung in AKW gehen weltweit deutlich zurück. In den nächsten 10 Jahren reduziert sich ihre Anzahl um 22 und bis 2030 sogar um 29 Prozent. Zu erwarten sei, dass nur 23 Prozent der bis 2020 und 35 Prozent der bis 2030 angekündigten Neubauprojekte wirklich realisiert werden. Gemäss Welt-Statusbericht Atomindustrie 2009 war 2008 das erste Jahr, in dem kein neues Atomkraftwerk in Betrieb ging. Ausserdem scheint die neue Generation von Atomkraftwerken nicht gerade vom Glück gesegnet. Sie haben Finanzierungsschwierigkeiten (Olkiluoto, Belene), kämpfen mit Sicherheitsproblemen (Aufsichtsbehörden Frankreichs, Grossbritanniens und Finnlands fordern bessere Sicherheitsvorkehrungen) oder werden gar gesprengt, um Energie zu sparen und Emissionen zu reduzieren – wie im chinesischen Xinxiang.

Prognos-Studie:
www.prognos.com/fileadmin/pdf/publikationsdatenbank/Prognos_Studie_Renaissance_der_Kernenergie.pdf

Welt-Statusreport Atomindustrie 2009:
www.bmu.de/files/pdfs/allgemein/application/pdf/weltstatusbericht_atomindustrie_0908_de_bf.pdf

ENSI wirft Axpo vorsätzliches Handeln vor



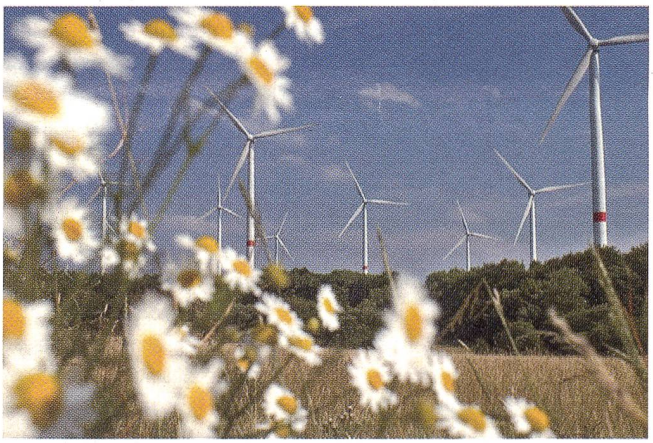
Die Schweizer Atomaufsichtsbehörde hat ein Strafverfahren gegen die Axpo eingeleitet. Der Unfall, bei dem zwei Arbeiter verstrahlt wurden, war schlimmer, als behauptet. Das Eidgenössische Nuklearsicherheitsinspektorat (ENSI) wirft dem Stromkonzern vor, vorsätzlich oder fahrlässig gegen das Strahlenschutzgesetz verstossen zu haben. Einer der Beschäftigten habe dabei 38, der andere 25,4 Millisievert abbekommen, bestätigte das ENSI (Grenzwert 20 Millisievert).
Die Axpo habe den Vorfall zudem auf der Störfallskala zu niedrig eingestuft, denn es handle sich bei dem Vorfall um das schwerwiegendste Vorkommnis seit Jahrzehnten. Auf das Konto des ältesten Schweizer Atomkraftwerks, dem drittältesten Druckwasserreaktor der Welt, gehen im laufenden Jahr sechs von sieben bei der Aufsichtsbehörde gelistete Störfälle.

Die Schweiz und die schmutzige Kohle

Die Schweiz will neue Kohlekraftwerke in Deutschland bauen. Betroffene deutsche BürgerInnen bitten deshalb um Klima-Asyl in der Schweiz. Dörpen, Lünen und Brunsbüttel haben eines gemeinsam: Schweizer Energieunternehmen beteiligen sich dort an riesigen Kohlekraftwerksprojekten, die Unmengen des Klimakillers CO_2 ausstossen werden. In Deutschland gibt es gegen die Kraftwerksprojekte heftigen Protest der Bevölkerung. Am 25. November haben deshalb Kohlekraftgegner vor der Schweizer Botschaft in Berlin gemeinsam protestiert. Sie liessen sich symbolisch mit Tonnen dreckiger Kohle zuschütten und stellten danach ein Asylgesuch bei den Eidgenossen. Keine Form der Stromerzeugung belastet das Klima mehr als die Verbrennung von Kohle. Werden die geplanten Projekte mit Schweizer Beteiligung realisiert, sind es in Deutschland Kohlekraftwerke mit einer Leistung von insgesamt 4260 Megawatt (4,2 Gigawatt). Zusammen werden sie jährlich 24,6 Millionen Tonnen CO_2 produzieren. Zum Vergleich: Heute verursacht die Schweiz nach offiziellen Angaben pro Jahr 40 Millionen Tonnen CO_2.

Waadtländer Stimmbevölkerung akzeptiert Atomrisiken nicht

Im Kanton Waadt hat das «Nein» zu einer unbefristeten Betriebsbewilligung für das alte AKW Mühleberg gezeigt, dass die Bevölkerung nicht bereit ist, die unverhältnismässig hohen Risiken der Atomkraft in Kauf zu nehmen. Bund und Stromlobby sind nun aufgefordert, das Signal aus dem Kanton Waadt zu beachten, denn die Atomkraft hat keine Zukunft. Nur eine Energiepolitik, die auf einem effizienten Umgang mit Ressourcen und auf erneuerbaren Energien aufbaut, kann der Schweiz langfristig Versorgungssicherheit garantieren, einen massiven Beitrag zum Erreichen der Klimaziele leisten und gleichzeitig die einheimische Wertschöpfung stärken. Die Zukunft ist erneuerbar!
www.nein-zu-neuen-akw.ch



Der Bundesrat nach dem Klima-Test

Das Klimamandat des Bundesrates genügt nur in 5 von 15 Punkten. Die Allianz für eine verantwortungsvolle Klimapolitik ist bestürzt über das am 27. November vom Bundesrat verabschiedete Verhandlungsmandat für die Klimakonferenz in Kopenhagen. Lediglich 5 von 15 Mindestanforderungen an ein verantwortungsvolles Klimamandat wurden erfüllt. Bei 2 der 15 Forderungen wurden sogar Vorgaben gemacht, dass die Schweiz zwingend ungenügende Verhandlungsresultate fordern muss. Bernhard Piller, SES-Projektleiter: «Das Mandat des Bundesrates ist völlig ungenügend, denn das von ihm geforderte 2-Grad-Ziel bedingt eine konsequente Klimapolitik.»

Die 15 Mindestanforderungen:
www.energiestiftung.ch/files/textdateien/aktuell/medienmitteilungen/forderungen_der_klimallianz_fuers_kopenhagenmandat.pdf